



Landpastoralkommission – Nationales Sekretariat

Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Pressemitteilung

Landpastoralkommission realisiert nächsten Montag (22/04) die nationale Veröffentlichung der Publikation der Landkonflikte 2023, mit den höchsten Anzahl von Vorkommnissen seit Beginn der Publikationgeschichte

Am 22. April veröffentlicht die Landpastoralkommission (CPT) die 38. Ausgabe der Publikation „Conflitos no Campo Brasil“, in der die Zahlen und Daten zur Gewalt im Zusammenhang mit Agrarproblemen im Land im Jahr 2023 präsentiert werden. Im ersten Regierungsjahr der dritten Amtsperiode des Präsidenten Lula wurden die höchsten Zahlen seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1985 verzeichnet: Insgesamt gab es **2.203 Konflikte**, verglichen mit 2.050 im Vorjahr und 2.130 im Jahr 2020, dem bis dahin mit dem ersten Platz bei Konflikten belegten Jahr.

Bei den meisten registrierten Konflikten geht es um **Land** (1.724, auch die höchste aufgezeichnete Anzahl von der CPT), gefolgt von Vorfällen von **Sklavenarbeit auf dem Land** (251) und Konflikten um **Wasser** (225). Unter den Bundesstaaten wurde die höchste Anzahl mit 249 in Bahia registriert, gefolgt von Pará (227), Maranhão (206), Rondônia (186) und Goiás (167). Unter den Regionen verzeichnete die Region im Norden die meisten Konflikte (810), gefolgt von der Region Nordosten (665), der Regional Zentralwesten (353), der Region Südosten (207) und schließlich der Region Süden mit 168 Vorkommnissen.

An den Konflikten waren 950.847 Menschen beteiligt. Es ging dabei um Landkonflikte im Umfang von brasilienweit 59.442.784 Hektar. Die Zahl der beteiligten Personen ist im Vergleich zu den 923.556 an ländlichen Konflikten im Jahr 2022 beteiligten Personen um 2,8 % höher, die umstrittene Fläche ist jedoch um 26,8 % kleiner, da im gleichen Vergleichszeitraum des Vorjahres noch 81.243.217 Hektar umkämpft waren.

Konflikte um Land – Von den 1.724 registrierten Vorfällen der Landkonflikte beziehen sich **1.588 auf Gewalt gegen Landbesetzungen und Gundbesitz und/oder gegen Personen**. Bei der ersten Art von Gewalt stechen die zunehmenden Fälle von **Invasionen** hervor, bei denen im Jahr 2023 359 Vorfälle registriert wurden, von denen 74.858 Familien betroffen waren. Im

Vergleich dazu war es im Jahr 2022 zu 349 Fällen gekommen. Auch die Zahl der **Vertreibungen** nahm zu (37 Vorfälle und 2.163 Familien im Jahr 2023 gegenüber 23 Fälle und 596 Familien im Jahr 2022). Dies bedeutet, dass dieses Jahr nach 2016 das zweite Jahr ist, in dem die meisten Familien aus den Gebieten vertrieben wurden. Auch die **Androhung gerichtlicher Räumungen** (Anstieg von 138 auf 183) und **vollzogene gerichtliche Räumungen** haben sich erheblich erhöht (Anstieg von 17 auf 50).

Die **Waffengewalt** war die zweite Art von Gewalt gegen Besetzungen und Besitz die im Jahr 2023 die meisten Vorfälle verzeichnete (264). Dies entspricht einem Anstieg von 45 % im Vergleich zum Jahr 2022 und ist die höchste Anzahl an Vorfällen dieser Art von Gewalt gegen Gruppen von Familien, die jemals von der CPT registriert wurde – insgesamt waren 36.200 Familien davon betroffen. Mit 130 registrierten Vorfällen waren Landlose die Hauptziele dieser Gewalttaten, gefolgt von Grundstücksbesetzern (49), indigenen Völkern (47) und Quilombolas (19). Auch die Zerstörung von Hab und Gut (101), Häusern (73) und Feldern (66) finden sich unter den Gewalttaten gegen den Verbleib der Menschen in ihren Territorien.

Sklavenarbeit auf dem Land – Im Jahr 2023 wurden 251 Fälle von ArbeiterInnen in Sklaverei in ländlichen Gebieten registriert, wobei 2.663 Menschen aus dieser Situation befreit wurden. Dies sind die höchsten Zahlen in den letzten 10 Jahren. Es gibt eine hohe Zahl von Menschen, bei denen Gruppen von Arbeitern befreit wurden, mit Hauptaugenmerk auf den Bundesstaaten Goiás (699), Minas Gerais (472), Rio Grande do Sul (323) und São Paulo mit 243 befreiten Menschen. Die Tätigkeitsbereiche, bei denen im Jahr 2023 die meisten Arbeitskräfte befreit wurden waren Zuckerrohr mit 618 Arbeitskräften; Dauerkulturen mit 598; Zwischenkulturen mit 477; und andere Arten ländlicher Aktivitäten mit 273. Die Zahlen könnten sogar noch höher sein, würde es einer strukturiertere Politik zur Überwachung und Bekämpfung der Sklavenarbeit in den Regionen im Norden und Nordosten sowie auf kommunaler Ebene geben.

Konflikte um Wasser – Die Aufzeichnungen waren stabil (225 im Vergleich zu 228 im Vorjahr), aber die Daten sind im Vergleich zu Beginn der letzten 10 Jahre immer noch hoch, was auf die Nichteinhaltung gesetzlicher Verfahren durch die Behörden und Privatunternehmen zurückzuführen ist (78), gefolgt von Zerstörung und/oder Verschmutzung (56), vermindertem und erschwertem Zugang zu Wasser (48) und Kontamination durch Pestizide (26). Grossgrundbesitzer, Landesregierungen, Geschäftsleute, Wasserkraftwerke und Bergbauunternehmen sind nach wie vor die Auslöser dieser Konflikte, die vor allem indigene Völker (24,44 %), Fischer (21,78 %), Flussbewohner (13,33 %), Quilombolas (12,44 %) und Kleinbauern in Agrarreformansiedlungen (8,44 %) betreffen.

Gewalt gegen Personen – Es kam zu 554 Vorfällen, von denen 1.467 Menschen betroffen waren. Darunter 31 Morde. Dies entspricht einem Rückgang von fast 34 % im Vergleich zum Vorjahr als 47 Menschen auf dem Land getötet wurden. Der höchste Anteil an Opfern kam aus dem Bundesstaat Rondônia (mit 5 Todesfällen), gefolgt von Amazonas, Bahia, Maranhão und Roraima mit jeweils 4 Opfern. 14 Indigene und 9 Landlose kamen ums Leben. Dies sind die Bevölkerungsgruppen, die am meisten unter dieser Art extremer Gewalt leiden, gefolgt von LandbesetzerInnen (4) und Quilombolas (3). In den letzten zehn Jahren waren landlose Kleinbäuerinnen und -bauern weiterhin die größten Opfer (151), gefolgt von indigenen Völkern (90). Es gab insgesamt 420 Menschen, die im Kampf um Land ermordet wurden. Unter den tödlichen Gewaltopfern waren sieben Frauen. Die Art der Gewalt mit den meisten Opfern war die **Pestizidkontamination** mit 336 Opfern, gefolgt von **Morddrohungen** (218), **Einschüchterung** (194), **Kriminalisierung** (160), **Inhaftierung** (135), **Aggression** (115), **Gefangennahme** (90) und **private Inhaftierungen** (72). Alle haben im Vergleich zum Jahr 2022 zugenommen.

Hauptverantwortliche der Gewalt – Die Hauptverantwortlichen der Gewalt auf dem Land waren Grossgrundbesitzer, verantwortlich für 31,17 % der verursachten Gewalt, gefolgt von Geschäftsleuten (19,71 %), der Bundesregierung (11,2 %) Landräubern (9,07 %) und der Landesregierungen mit 8,31 %. Im Fall der Bundesregierung spiegelt sich dies trotz des geringfügigen Rückgangs des Gesamtumfangs der verursachten Gewalt und der stärkeren Öffnung des Dialogs mit sozialen Bewegungen von seiten der Regierung durch die Umstrukturierung von Ministerien wie Agrarentwicklung, Menschenrechte und Justiz, sowie der Gründung des Ministeriums für indigene Völker, als kein Fortschritt bei der Verwirklichung von Rechten durch bäuerliche und traditionelle Bevölkerungsgruppen wider, so wie auch nicht bei der Agrarreform und der Abgrenzung indigener Gebiete.

Die Regierungen der Bundesstaaten sind mit brutaler Polizeirepression gegen Landbesetzungen und Agrarreformansiedlungen, Quilombola-Gemeinschaften und indigene Gebiete vorgegangen, mit Hauptaugenmerk auf Goias, Bahia, Mato Grosso do Sul, Tocantins, Maranhão und Rondônia. Das Gleiche lässt sich in Bezug auf die gesetzgebenden Befugnisse des Bundes und der Bundesstaaten sagen. Mit der Stärkung der Fraktion der Grossgrundbesitzer im Bundeskongress, wurden Änderungen in der Gesetzgebung wie dem *Marco Temporal* (=nur Gebiete die bereits im Stichjahr 1998 von Indigenen bewohnt wurden könnten in Zukunft als indigene Territorien anerkannt werden.), dem Einsatz von Pestiziden, Veränderungen bei Landgesetzen und Genehmigungen für das Versprühen von Pestiziden aus der Luft in den Bundesstaaten gefördert.

Amazônia Legal – In der Region, die fast 60 % des brasilianischen Territoriums ausmacht, war ein Rückgang der Abholzung zu verzeichnen, wobei der Schwerpunkt der Inspektionsmaßnahmen der Bundespolizei im Kampf gegen illegalen Bergbau lag. Aber in Regionen wie dem Dreiländereck der Bundesstaaten Amazonas, Acre und Rondônia (Amacro oder Abunã-Madeira-Nachhaltige Entwicklungszone genannt) hat die Gewalt zugenommen. Von den 31 Morden im Land ereigneten sich 8 in dieser Region, 5 davon wurden durch für Landraub Verantwortliche verursacht. Die Region, die als „Modell“ für Entwicklung mit Schwerpunkt auf sozialer Biodiversität bekannt wurde, ist zum Epizentrum des Landraubs für Holzeinschlag und Viehzucht geworden, mit hohen Raten an Abholzung, Bränden und Konflikten.

Widerstandsaktionen – Ebenfalls im Bericht „Konflikte auf dem Land“ verzeichnet sind die Widerstandsaktionen, die im Jahr 2023 ebenfalls einen deutlichen Anstieg verzeichneten. Insgesamt umfassten sie 119 Besetzungen und Rückeroberungen, wobei 22 Aktionen von indigenen Völkern, 3 Quilombola-Dörfern und weitere 94 von anderen sozialen Gruppen durchgeführt wurden. Es wurden auch 17 Lager registriert, die von Landlosen und/oder Grundstückbesetzern durchgeführt wurden. Im Jahr 2022 waren es nur 5. Diese Zahlen begannen ab 2021 wieder zu steigen, waren aber immer noch niedriger als die Zahlen aus den letzten zehn Jahren.

Bericht – Die Publikation über Landkonflikte wird seit fast vier Jahrzehnten jährlich von der Landpastoralkommission erstellt und ist eine Forschungsquelle für Universitäten, Medien sowie Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Die Veröffentlichung basiert hauptsächlich auf der Arbeit von CPT-PastoralmitarbeiterInnen in regionalen Teams, die in ländlichen Gemeinden im ganzen Land arbeiten, sowie auf der Untersuchung und Bestätigung von Nachrichten, die vom Erhebungsteam des Dokumentationszentrums Dom Tomás Balduino (CEDOC/CPT) über das ganze Jahr durchgeführt werden.

Mehr Informationen:

Landesweite Veröffentlichung der Broschüre der Landkonflikte 2023

Datum: 22. April 2024 (Montag) – von 9:00 bis 12:30 (Brasília Zeit)

Ort: Sitz der Nationalen Bischofskonferenz Brasiliens – CNBB (Setor de Embaixadas Sul, Quadra 801 Conjunto B – Asa Sul)

Um die Veröffentlichungen mit gesperrten Daten anzufordern, wenden Sie sich bitte an das Kommunikationsbüro: comunicacao@cptnacional.org.br